

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Wirtschafts- und Währungsunion -  
Sozialbudget - Lohnpolitik - Kfz-Steuer - DDR**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1973) : Kurz kommentiert: Wirtschafts- und Währungsunion - Sozialbudget - Lohnpolitik - Kfz-Steuer - DDR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 11, pp. 563-564

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134607>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## *Wirtschafts- und Währungsunion*

### **Übergang noch ungewiß**

Laut EWG-Fahrplan soll die 2. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1974 anlaufen. Voraussetzung ist jedoch, daß im Verlauf der 1. Stufe bestimmte Fortschritte erzielt werden. Diese Bedingung konnte bisher nicht erfüllt werden und es stellt sich die Frage, wie das europäische Einigungswerk weitergehen soll.

Trotz der insgesamt negativen Bilanz der 1. Stufe plädieren die Kommission und ein Großteil der Mitglieder dafür, planmäßig in die 2. Stufe einzutreten und die bereits beschlossenen Maßnahmen in Zukunft strikt anzuwenden. Sie hoffen, daß dies künftig besser möglich sein wird als bisher. Andere Mitgliedsregierungen schiagen zunächst eine Konsolidierungsphase vor, die zum Nachholen von Versäumnissen genutzt werden sollte, ohne jedoch Fortschritte zu blockieren.

Hinter der eher vordergründigen Auseinandersetzung über die Benennung der am 1. Januar 1974 beginnenden Entwicklungsphase verbergen sich tiefgreifende Gegensätze, die ihren Ursprung in der eifersüchtigen Wahrung von hoheitlichen Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten haben. Daß die Harmonisierung der kurzfristigen Wirtschaftspolitik ebenso wie die der Haushaltspolitik nicht vorankommt, liegt ja vor allem daran, daß keine wirkungsvollen Mechanismen vorhanden sind, die die Partner zu solidarischem und gemeinschaftlichem Handeln zwingen. Soll aber der Übergang in die 2. Stufe den ursprünglichen Sinn behalten, die Wirtschafts- und Währungsunion zu verwirklichen, müssen die Mitgliedstaaten zu einem wirtschaftspolitischen „Machttransfer“ bereit sein. Solange jedoch die Taktik der EG-Länder primär darin besteht, das Wesentliche zu verschweigen, um das Nächstliegende zu verwirklichen, solange wird es keinen entscheidenden Durchbruch auf dem Wege zur geplanten Union geben. Es wäre daher als ein Akt der Ehrlichkeit zu begrüßen, wenn der Eintritt in die 2. Stufe verschoben und zunächst die geforderte Parallelität der Fortschritte zwischen währungs- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen realisiert werden würde. vs

## *Sozialbudget*

### **Sozialleistungen wachsen weiter**

Mit dem Sozialbericht 1973 präsentierte die Bundesregierung der Öffentlichkeit kürzlich ihre sozialpolitischen Ziele für die nächsten Jahre. Neben verstärkten Bemühungen um eine Verbesserung des Arbeitsschutzes und um die Humanisierung der Arbeitswelt kündigt sie darin einen weiteren kräftigen Anstieg der Sozialleistungen an — von

218 Mrd. DM 1972 auf 354 Mrd. DM 1977. Ihr Anteil am BSP wird sich damit von 26,3 % auf 27,1 % erhöhen.

Die größten Posten mit je gut einem Drittel der gesamten Sozialleistungen sind die Ausgaben für die Alters- und Hinterbliebenen- sowie für die Gesundheitssicherung. Die Ursachen für den starken Zuwachs in diesen Bereichen liegen in den Leistungsverbesserungen der letzten Jahre, in der immer ungünstiger werdenden Altersstruktur (Rentenberg) und in dem Anstieg der Kosten für die medizinische Versorgung.

Die Ausweitung der Leistungen der Sozialversicherungsträger wird jedoch nicht ohne Belastung für die Versicherten erfolgen können. Da diese Sozialleistungen zu zwei Drittel aus Beiträgen und nur zu einem Drittel aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, muß mit ihrer Erhöhung auch ein Anstieg des Beitragsaufkommens einhergehen. Da laut Minister Arendt die arbeitenden Menschen nicht überlastet werden dürfen, soll in der gesetzlichen Rentenversicherung bis 1977 keine Erhöhung der Beitragssätze vorgenommen werden. Die Einnahmen sollen lediglich aufgrund wachsender Arbeitseinkommen — für 1973 wird mit 11,6 %, für 1974 bis 1977 mit jeweils 8,5 % gerechnet — und der Dynamisierung der Beitragsbemessungsgrenze ansteigen. Dagegen ist für die gesetzliche Krankenversicherung eine Erhöhung der durchschnittlichen Beitragssätze von 8,6 % 1972 auf 10,2 % 1977 vorgesehen. Gerade hier sollte jedoch versucht werden, vor einer weiteren Belastung der Versicherten den Kostenanstieg durch eine Reform des Gesundheitssystems einzudämmen. wei

## *Lohnpolitik*

### **Vorsicht bei Revisionsklauseln!**

Revisionsklauseln in Tarifverträgen sollen uns aus der Klemme helfen. Das jedenfalls schlagen die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer jüngsten Gemeinschaftsdiagnose vor. Zur Zeit befindet sich nämlich die Wirtschaft der BRD in einem Prozeß der konjunkturellen Auflockerung, der jedoch noch keinen Niederschlag in der Preisentwicklung gefunden hat. Wenn jetzt die Unternehmen hohen Lohnabschlüssen zustimmen, kann dies leicht zu Gewinneinschnürungen und Liquiditätsengpässen führen. Das muß dann unweigerlich auf die Investitionsneigung und schließlich auf die Beschäftigung durchschlagen. Die Vernunft würde es daher gebieten, die Höhe der Lohnabschlüsse der sich verändernden konjunkturellen Lage anzupassen.

Das gilt auch aus der Sicht der Gewerkschaften. Allerdings befinden sich diese angesichts des unvermindert anhaltenden Preisanstiegs in einem

Dilemma. Die Erfahrungen des vergangenen Jahres haben sie gelehrt, daß sich unabgesicherte stabilitätspolitische Vorleistungen nicht unbedingt auszahlen. Schon um vor ihren Mitgliedern bestehen zu können, werden sie deshalb mit hohen Forderungen an den Verhandlungstisch gehen müssen.

Bei Tarifverträgen mit Revisionsklauseln wäre nun das Vorleistungsrisiko weitgehend ausgeschaltet. Man könnte sich mit niedrigeren Tarifierhöhungen begnügen. Unter dem Einfluß nachlassenden Kostenanstiegs verringerte sich dann der Druck auf Gewinne und Liquidität, so daß bei fortgesetzter Stabilitätspolitik die Gefahr eines Beschäftigungseinbruchs gemindert wäre. Voraussetzung für einen Stabilisierungserfolg wäre allerdings, daß die Wirtschaftspolitik auch tatsächlich das Nachfragewachstum in stabilitätsgerechten Grenzen halten kann und daß das Preisverhalten sich diesen Grenzen anpaßt. Ist eine dieser Bedingungen nicht erfüllt, wird man alsbald „Nachbesserungen“ vereinbaren müssen. In diesem Fall können solche Klauseln dann leicht zu einem zunehmenden Tempo des Inflationskarussells führen. bg

#### Kfz-Steuer

### Unkonzertierte Aktion

Das Begriffspaar „Auto“ und „Krankenhaus“ bildet ein durchaus gängiges Assoziationsschema. Für Zyniker muß es daher als logische Folge erscheinen, wenn nun auch das Automobil einem Drei-Klassen-System unterliegt. Ab 1975 wird die Kraftfahrzeugsteuer nicht mehr nach dem Hubraum erhoben werden, sondern nach der PS-Zahl. Klasse I bis 45 PS: 150 DM Jahressteuer, Klasse II bis 123 PS: 240 DM Jahressteuer, Klasse III über 123 PS: 480 DM Jahressteuer.

Vorteile verspricht diese neue Regelung vor allem aus verwaltungstechnischen Gründen. Mit einer jährlich an den Postschaltern zu kaufenden Steuerplakette können rd. 2000 Finanzbeamte für andere Aufgaben freigesetzt werden. Allerdings könnte dieses Verfahren auch die Dunkelziffer der „Nicht-Steuerzahler“ ansteigen lassen. Daneben müssen für eine Beurteilung der Kfz-Steuer-Reform allerdings auch die Umweltaspekte berücksichtigt werden. Spätestens ab Januar 1976 wird das Antiblei-gesetz mit seinen folgenschweren Auswirkungen auf die Motoren wirksam. Während heute der Liter Benzin noch 0,4 Gramm Blei enthalten darf, soll der Bleizusatz aus Gründen des Umweltschutzes von 1976 an nur noch 0,15 Gramm pro Liter betragen. Nach groben Schätzungen werden dann rd. 34 % des deutschen Autobestandes nicht mehr schadlos mit dem neuen Kraftstoff betrieben werden können. Für die Autoindustrie stellt sich damit die schwierige Aufgabe, Autos mit „sauberen“ Mo-

toren zu bauen, die einerseits billig sind, die aber andererseits bei der Klasse I nicht zu Verkehrshindernissen werden und damit das Sicherheitsziel des Verkehrsministers einengehen.

Faßt man diese Aspekte zusammen, so läßt sich sagen, daß die neue Drei-Klassen-Kfz-Steuer und das Antibieigesetz keine „konzertierte“ Aktion darstellen. Die Autoindustrie hätte es leichter, umweltfreundliche Autos zu bauen, wenn man sich in Bonn zu einer Einheitssteuer hätte entschließen können.

#### DDR

### Zwischenbilanz des Fünfjahresplans

Anläßlich der 10. Tagung des ZK der SED, die zeitlich ungefähr mit dem Ende der ersten Hälfte des Fünfjahresplans (71–75) zusammenfiel, zog Politbüromitglied Albert Norden eine positive Bilanz der bisherigen Wirtschaftsentwicklung der DDR. In der Tat ist die wirtschaftliche Stabilisierung der DDR seit 1971 und besonders im Jahre 1973 vorangekommen. Bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt zeichnet es sich ab, daß die 1971 formulierten Hauptkennziffern, die allerdings sehr vorsichtig angesetzt worden waren, im Planendjahr 1973 bei kontinuierlicher Entwicklung wahrscheinlich erreicht werden können.

Eine Erhöhung des produzierten Nationaleinkommens von 1971 bis 1975 um 27 % erscheint angesichts der jährlichen Steigerungsraten von 4,5 % 1971, 5,4 % 1972 und voraussichtlich 6 % 1973 möglich zu sein. Bei der industriellen Warenproduktion wurden in den ersten 8 Monaten des Jahres 1973 die Pläne sogar übererfüllt. Im gleichen Zeitraum konnte eine bessere Konsumversorgung der Bevölkerung über höhere Importe und eine gesteigerte Industriewarenproduktion erreicht werden. Hier schlug sich deutlich die schon Ende 1972 beschlossene Planrevision gegenüber dem Ansatz von 1972 zugunsten eines erhöhten Konsumgüterangebots nieder.

Diese von Norden vorgelegten Ergebnisse für das Jahr 1973 können jedoch nicht über eine zum Teil chronische Entwicklungsschwierigkeit in der DDR-Wirtschaft hinwegtäuschen. Zum Ende des 1. Halbjahres 1973 hatten noch 140 Betriebe Planrückstände; durch nicht termin-, sortiments- und qualitätsgerechte Erzeugung kam es in der Investitions- und Zulieferer-Industrie zu empfindlichen Versorgungsmängeln. Versorgungsengpässe traten trotz der Erhöhung des Angebots auch bei den Konsumgütern auf. Und ob die Wünsche der DDR-Bevölkerung zukünftig merklich besser erfüllt werden, ist fraglich, denn die jüngsten Entwicklungsvorstellungen der Parteiführung sehen von 1970 bis 1990 lediglich eine jahresdurchschnittliche Steigerung des Konsumtionsfonds von nur 4,5 % vor.

ud